

AUSGABE VOM 01. DEZEMBER 2018

## Große Skepsis zu Grundsteuerreformplänen des SPD-Finanzministers

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat einen Entwurf vorgelegt, nach dem für Millionen Häuser, Wohngebäude und Grundstücke auch neue Werte als Berechnungsgrundlage festgelegt werden sollen. Dabei soll auch die Höhe der Miete eine Rolle spielen. Das Bundesverfassungsgericht hatte mit einem Urteil vom April eine Reform verlangt, weil die Einheitswerte veraltet sind.

„Wir brauchen im NRW-Interesse eine möglichst einfache aufkommensneutrale und gerechte Lösung. Einen Anstieg von Mieten in Ballungsräumen wie Köln durch höhere Grundsteuern gilt es zu verhindern! Ich bin skeptisch, ob das Scholz-Modell diese Anforderungen erfüllt“, so MdB Karsten Möring.

## Saubere Luft: Debatte zu Grenzwerten und Messverfahren

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag erneut intensiv über Stickoxid-Grenzwerte und Messverfahren diskutiert. Anlass der Debatte war ein FDP-Antrag, der ein Moratorium zur Aussetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie forderte, um die notwendigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Vermeidung von Fahrverboten umsetzen zu können. Dazu wollte die FDP unter anderem die Messstellen überprüfen und verändern.



Debatte zu Messung der Stickoxid-Grenzwerte  
Saubere Luft für Köln ohne Fahrverbote bleibt das Ziel: CDU-MdB Karsten Möring in der Plenardebatte am Freitag. (Foto: CDU/CSU)

Für die Unions-Fraktion führte Kölns CDU-MdB Karsten Möring in der Plenardebatte aus, dass Deutschland zur Abwendung des von der EU-Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens einiges unternommen habe. Es sei unbestritten, dass die Luftschadstoffe minimiert werden müssten. Dabei werde Zeit benötigt, damit die eingeleiteten Maßnahmen greifen könnten.

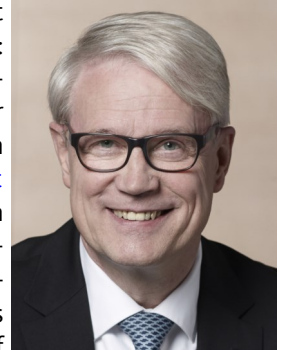
Kern des Problems sei, dass ein Grenzwert politisch gesetzt worden sei, um eine Zielmarkierung zu haben, die durch Luftreinhaltemaßnahmen erreicht werden sollte, was jedoch nicht gelungen sei. Es gehe aber auch um die Frage der Verhältnismäßigkeit, d. h. mit welchem Aufwand welche Verursacher wie herangezogen würden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sei laut Möring hierfür der richtige Weg. Fahrverbote kommen demnach in der Regel erst dann in Betracht, wenn in den Städten eine NO<sub>2</sub>-Belastung von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten ist. In den übrigen Städten mit Grenzwertüberschreitungen erscheint die schnellstmögliche Einhaltung durch verschiedene andere Maßnahmen auch ohne Fahrverbote möglich.

MdB Karsten Möring: „Gerade für Köln ist wichtig, dass die Hilfe des Bundes für die Umrüstung von Fahrzeugen und die intelligente Steuerung des Verkehrs zügig kommt und schnell umgesetzt wird. Denn es geht darum, den Verkehr sauberer zu machen, der sich überwiegend in der Stadt abspielt. Deshalb bin ich Verkehrsminister Scheuer sehr dankbar, dass er gerade heute die Stadt Köln und die KVB zum wiederholten Mal mit erheblichen Summen, aktuell mit neunzehn Millionen Euro, bei diesem Bemühen unterstützt. Denn Fahrverbote wollen wir vermeiden.“ [Hier geht es zur Rede.](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

reden wir nicht drum herum: die Informationspolitik der Regierung zum [Migrationspakt](#) der UN in den letzten Monaten war unzureichend. Das war Wasser auf die Mühlen der Verschwörungstheoretiker, die mit gezielten Unterstellungen und Falschbehauptungen arbeiten.



Natürlich nehme ich die an mich herangetragenen Sorgen aus meinem Wahlkreis ernst. Trotzdem habe ich am Donnerstag nach intensiver Prüfung für unseren [Koalitionsantrag zum Migrationspakt](#) gestimmt, der die deutsche Linie klar formuliert. Wir begrüßen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser großen Herausforderung widmet. Klar ist für uns auch, dass der Pakt durch internationale Kooperation die Migration begrenzen und steuern soll. Denn der Pakt definiert kein „Recht auf Einwanderung“. Staaten sollen aber Migranten besser behandeln, damit sie dort oder in ihrer Heimat ein auskömmliches Leben in Würde führen können. Die Souveränität Deutschlands jedenfalls wird durch den UN-Migrationspakt in keiner Weise angetastet, das stellen wir nochmals eindeutig klar.

Alle Forderungen zur Behandlung von Migranten sind in unseren nationalen Gesetzen ausreichend geregelt. Aber in Bezug auf die Zurückweisung irregulärer Migranten machen sich die Grünen einen schlanken Fuß. Sie müssen endlich ihre Blockade aufgeben und Marokko, Tunesien und Algerien im Bundesrat zu sicheren Herkunftsländern erklären!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Wichtige Grundgesetzänderungen beschlossen

Der Bundestag hat mehrere Änderungen des Grundgesetzes beschlossen. Zukünftig kann der Bund den Kommunen für ihre Schulen Finanzhilfen zum Bau und zur Ausstattung zur Verfügung stellen. Auch für den sozialen Wohnungsbau kann der Bund die Länder jetzt finanziell unterstützen und dabei die Mittelverwendung kontrollieren. Daran haperte es bisher, so dass manche Länder die Mittel auch anderweitig verwandten. Außerdem bekommen die Länder Geld nur in dem Umfang, in dem sie auch eigene Mittel einsetzen, denn der soziale Wohnungsbau ist Ländersache. Das wurde vor einem Jahrzehnt im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform festgelegt.

Auch die Finanzierung der Gemeindeverkehrsinfrastruktur wurde den Ländern übertragen. Für diese Aufgaben erhielten sie dauerhaft höhere Anteile am Steueraufkommen vom Bund. Allerdings sahen sich die Länder trotzdem nicht in der Lage, die Aufgaben ausreichend zu lösen. Deshalb wurde diese Reform jetzt teilweise zurückgenommen.

„Bei allem Verständnis für die Zielsetzung habe ich nur mit großem Unbehagen zugestimmt, weil Zuständigkeiten verwischt werden und damit keine klaren Verantwortlichkeiten mehr bestehen“, so MdB Karsten Möring.

## Endlagersuche: BGE informiert zum Zwischenstand



Im Herbst 2017 hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) begonnen, Daten für die neue Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zu erheben. Dafür hat die BGE die geologischen Landesämter, die Landesbergämter und die oberen Wasserbehörden um Daten gebeten, die eine erste Anwendung der Ausschlusskriterien sowie der Mindestanforderungen für ein solches sicheres Endlager möglich machen.

Wie weit hat sich die BGE damit eine Basis für die weitere Standortauswahl geschaffen? Darüber informierte sich auch MdB Karsten Möring als zuständiger CDU/CSU-Sprecher am Mittwoch in Berlin und freute sich dabei über ein Wiedersehen mit seinem ehemaligen Fraktionskollegen Steffen Kanitz, der als Geschäftsführer der BGE diese Arbeit verantwortet. (Foto: Damerius)

## Saubere Luft: Verkehrsminister fördert Kölner Projekte



Verkehrsminister Andreas Scheuer hat am Freitag in Berlin weitere Förderbescheide im Rahmen der Richtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ übergeben. Die KVB konnte dabei 14,7 Millionen Euro sowie die Stadt Köln 4,1 Millionen Euro im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017-2020“ entgegennehmen. „Ich bin überzeugt, dass damit die Reduzierung von Stickstoffdioxiden in Köln erneut spürbar vorangetrieben wird“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring bei der Übergabe im BMVI. „Intelligente Verkehrslenkung sorgt für weitere Verbesserung der Luftqualität. Damit können Verkehrsströme in der Domstadt optimiert und Mobilitätsangebote attraktiver gemacht werden.“ (Foto: Privat)

## Mietpreisbremse und steuerliche Förderung beschlossen

Mit der Zustimmung zum Mietrechtsanpassungsgesetz am Donnerstag stärkt der Bundestag die „Mietpreisbremse“ in Gegenden mit angespannten Wohnungsmärkten. Zugleich werden Mieter vor zu hohen Modernisierungskosten geschützt, die vom Vermieter auf sie umgelegt werden. Ersteres erfolgt durch die Einführung einer vorvertraglichen Auskunftspflicht des Vermieters zu Ausnahmen von der zulässigen Miethöhe. Ferner soll für fünf Jahre die Möglichkeit der Umlage der Modernisierungskosten in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt von 11 Prozent p.a. auf 8 Prozent der Modernisierungskosten gesenkt werden.

Ebenfalls beschlossen wurden Sonderabschreibungen von fünf Prozent über vier Jahre beim Neubau von Wohnungen im preiswerten Bereich. Der Bau muss bis Ende 2021 begonnen werden. Die Sonderabschreibung gibt es maximal für 2.000 Euro pro Quadratmeter, sofern die Baukosten weniger als 3.000 Euro pro Quadratmeter betragen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 22 der 19. Wahlperiode

01. Dezember 2018

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

